

Telephon: Milliarden sinnlos verpulvert

Immer häufiger wählen Westdeutschlands Telephonbürger vergebens, Leitungen sind oft stundenlang blockiert. Die Beamten haben den technischen Anschluß verpaßt, sie investierten in veraltete Technologien. Ober das Mißmanagement kann auch Minister Gscheidles Zwei-Milliarden-Gebührensenkung nicht hinwegtäuschen.



Dreißigmal versuchte der Berliner Kaufmann Joachim Schwirkus eines Sonntagabends Anschluß für ein Ferngespräch zu bekommen. Die Ant-Wort war immer die gleiche: "Tüt, tüt, tüt." Genervt vom ständig besetzten Telephon, schickte Schwirkus eine Strichliste seiner vergeblichen Wählversuche an Postminister Kurt Gscheidle: "19.22 Uhr 010 dreißig Mal probiert, 07191 besetzt, 089 besetzt." Zusätzlich drängte der verhinderte Fernsprecher die Post per Klage vor dem Kölner Verwaltungsgericht, "einen geordneten Telephondienst herzustellen".

Das gelingt der Post vor allem sonntags nach dem Frühstück und abends nach zehn Uhr selten. "Sonntags morgens von 9 Uhr bis abends 22 Uhr", beschwerte sich der Apotheker Edzard Kleihauer aus Schöningen bei Helmstedt, "komme ich nicht weiter als bis Braunschweig": sonntags nie.

Die Oberpostdirektion Hannover gab dem Apotheker eine einleuchtende Auskunft: Hier läge eine Fehlplanung vor. Und das sehen die Niedersachsen durchaus richtig.

Fehlgeplant wurde nicht nur in Niedersachsens Osten. Wenn zum Mondscheintarif ein Fünfminuten-Gespräch zwischen Flensburg und Freilassing statt wie tagsüber 5,98 nur noch 1,15 Mark kostet, wenn man zum Sonntagstarif zwischen Bonn und Braunschweig für 0,92 Mark statt 48 Sekunden nun viereinhalb Minuten telefonieren darf, wählen sich fernsprechwillige Bundesbürger immer öfter die Finger wund. "Sprachlos beim Mondschein", mokierte sich die "Frankfurter Rundschau".

Jeder fünfte Telephonkunde, ermittelte das Allensbacher Institut für Demoskopie, muß am Sonntag bei Ferngesprächen "meist öfter wählen". Selbst die obersten Kontrolleure des Telephonwesens ärgern sich über die verstopften Leitungen. Im Postverwaltungsrat, so Siemens-Vorstand und Rats-Mitglied Hans Baur, "gab es Klagen, daß das Telephon abends um zehn Uhr blockiert ist".

"Daß der Vorteil des Mondscheintarifs so wahrgenommen wird", urteilt Roland Mecklinger, Generalbevollmächtigter des Stuttgarter Elektro-Konzerns Standard Elektrik Lorenz (SEL), "hat Bonn nicht vorausgesehen."

Der Ärger mit dem Telephon ist Bonns öffentlichkeitsscheuem Postminister Kurt Gscheidle nicht entgangen. Vorigen Dienstag ließ der Postchef erläutern, wie er dem Übel der blockierten Leitungen beikommen will: Der Mondscheintarif soll vom 1. April nächsten Jahres an schon ab 18 Uhr gelten und statt bisher morgens um sechs erst um acht Uhr enden; überdies soll der Billigtarif nicht erst samstags ab 14 Uhr gelten, sondern den ganzen Tag hindurch.

Doch selbst Gscheidle-Beamte bezweifeln, daß die Verlängerung der Mondscheindauer die Leitungen lichtet.

Gewiß, mit der Fristen-Verlängerung wird das abendliche Telephonat etwas teurer, ein Fünf-Minuten-Gespräch über mehr als 100 Kilometer kostet statt 1,15 Mark wie bisher künftig 1,84 Mark. Aber viele, die ihre Gespräche mit der Freundin oder der Oma jetzt erst ab 22 Uhr führen, werden dann eben schon ab 18 Uhr über den Draht tratschen. Der Stau wird, so befürchtet Gscheidles Gebühren-Experte Franz Arnold, auf 20 Uhr vorverlagert.

Wer nicht zum Telephonieren kommt, weil die Leitung belegt ist, wird auch wenig Freude an den für den 1. April nächsten Jahres geplanten Gebührensenkungen haben. Nach langem Knobeln schickte Gscheidle vorige Woche den Bonner Regierungsfractionen seine Gebührenpläne. Danach sollen > jedem Anschluß-

inhaber 15 Freigespräche im Monat gewährt, > die Zeittakte im Fernverkehr gestreckt sowie

* Ews-Bauteil vor einer herkömmlichen Schaltwand

* die Übernahmegebühren beim Telephon und die Gebühren für das Tastentelephon gesenkt werden. Sosehr das Telephongeschenk im Wahljahr die Bürger erfreuen wird -- die Leitungsnöte der Post werden damit eher verschlimmert. Denn: Wenn noch gilt, daß sinkende Preise für steigende Nachfrage sorgen, dann werden sich die Deutschen noch länger und öfter über den Post-Draht austauschen.

Schon heute ist absehbar, daß der Telephonärger nicht auf die privaten Billigst-Telephonierer beschränkt bleibt. Auch tagsüber, während der Geschäftsstunden, wenn Deutschlands große und kleine Manager weltweit Anschluß suchen, wird demnächst noch öfter nach der ersten Null der ärgerliche Mißton aus der Muschel tuten.

Ein ungeahnter Telephonboom hat die beamteten Planer bei der Post in den letzten Jahren schlicht überrollt. Das Telephon, einst ein Verständigungsmittel der Begüterten, ist vergesellschaftet worden: In der Bundesrepublik scheint jener Zustand nicht mehr fern, wo jeder Haushalt und jeder Arbeitsplatz fernmündlich erreichbar ist, wo jeder jeden per Draht erreichen kann -- oder zumindest will.

Fast 100 Jahre brauchte die Post, bis 1972 der zehnmillionste Anschluß verlegt wurde. Doch schon für das nächste Jahr rechnen die Bonner mit 20 Millionen Telephonteilnehmern.

Allein seit 1976 wurden es jedes Jahr 1,5 Millionen mehr. Und das überstieg die planerische Phantasie der Postler doch erheblich. "Die Zahl der Hauptanschlüsse und Gespräche", gesteht Post-Minister Gscheidle, "wuchs doppelt so schnell, wie von uns geschätzt."

Auf den Wartelisten der Post stehen heute immer noch 135 000 Antragsteller. Auch das bevorzugte Symbol wichtiger Zeitgenossen, das Autotelephon, ist derzeit ausgebucht. Bundesweit werden für den "öffentlichen beweglichen Landfunkdienst" bis Herbst nächsten Jahres keine neuen Nummern mehr ausgegeben.

Die Zahl der Gespräche stieg ebenso unablässig: Vor vier Jahren schalteten die Orts- und Fernämter in zwölf Monaten 13,9 Milliarden Gespräche durch -- dieses Jahr werden es schon 19 Milliarden sein. Und da die Post-Strategen mit solchem Rededrang nicht gerechnet hatten, sind die Kapazitäten. sind Leitungen und Fernmeldeämter nicht im nötigen Tempo mitgewachsen.

Seit die Postmanager vor vier Jahren mit massiver Werbung ("Ruf doch mal an!") auf Kundefang gingen, greift auch die einst schweigende Minderheit von Müttern, Omas und Rentnern öfters zum Sprechgerät. Allein in den letzten 24 Monaten stieg

nach Demoskopie-Erkenntnissen der Anteil der Frauen, die täglich einmal telefonieren, von 31 auf 37 Prozent.

Viel zu spät merkten die Telephonmanager, daß sich neben dem Tagesnetz in den Citys und Bürozentren ein Nachtnetz in den Stadträndern und in den Wohngebieten gebildet hatte. Erst im vergangenen Jahr machte sich Gscheidle daran, den Privatsprechern erheblich mehr Drähte zu knüpfen.

Die plötzliche Nachfrage nach Kabeln und Vermittlungskontakten verkräfteten Gscheidles Lieferanten nicht. Die von Staatssekretär Dietrich Elias am vergangenen Dienstag ins Bonner Postamt zitierten Telephonmanager, Siemens-Vorstand Dieter von Sanden und SEL-Chef Helmut Lohr, mußten ihrem Dauer-Auftraggeber berichten, daß sie nicht mehr als bisher liefern könnten.

Vielleicht hätten die Postler den plötzlichen und unerwarteten Ansturm von neuen und alten Telephonkunden noch einigermaßen verkräftet, wenn ihnen neben der Fehlplanung in puncto Anschlüsse und Gespräche nicht noch ein erstaunlicher technischer Fehlschlag unterlaufen wäre.

Anfang dieses Jahres mußten die Postplaner das schon von Gscheidle-Vorgänger Horst Ehmke als "Telephon 2000" gepriesene "elektronische Wählsystem" (EWS) unvermittelt abmelden.

Die Beamten des Staatsmonopolisten und die Manager der Zuliefer-Firmen gestanden ein, daß ihre neue Telephontechnologie schon vor der Premiere völlig veraltet war. Das Milliarden-Projekt, vorab als neuer Beweis deutscher Ingenieurskunst gepriesen, mußte abrupt gestoppt werden; die Ausbauplanung der Post wurde, so Siemens-Vorstand Baur, "um Jahre zurückgeworfen".

Durch verfehlte Wachstumsprognosen, durch falsch eingeschätzte Kundenreaktionen und durch viel zu spät erkannte technische Neuerungen hat Gscheidles Beamten-Bürokratie den fernmeldetechnischen Anschluß verpaßt.

"Das ist ein Mißmanagement ohne Beispiel, bei dem Milliarden sinnlos verpulvert werden", schimpft Ulrich Jochimsen, langjähriger Einzelkämpfer gegen Gscheidles Monopolbetrieb.

Kurt Gscheidle ficht das nicht sonderlich an. Nach wie vor wirft sein Telephonbetrieb stattliche Gewinne ab -- so viel, daß er damit leicht die roten Zahlen aus anderen Betriebszweigen wegputzen kann.

Die Bundesbürger zahlen Gebührensätze, die von kaum einem anderen Land übertroffen werden. Mit ihren Überweisungen sorgten sie dafür, daß 1978 ein Überschuß von genau 6,3 Milliarden Mark in der Bonner Telephonkasse verblieb.

Ab 1980 werden es infolge der Gebührensenkung zwar gut zwei Milliarden Mark weniger sein. Doch auch mit vier Milliarden Plus beim Telephon bleibt die Post ein Rekord-Gewinnler.

Kein deutsches, kein europäisches Unternehmen kann auch nur annähernd so viel Überschuß kassieren wie Gscheidles Telephonbetrieb, der seine Preise ohne Rücksicht auf Konkurrenten festlegt: 26 Prozent des Fernsprech-Umsatzes blieben im vorigen Jahr als Gewinn auf den Post-Konten.

Statt den Kunden die zuviel kassierten Milliarden zurückzugeben, verdonnerten die Kabinettskollegen den Postverwalter dazu, 1979 und 1980 insgesamt 2,6 Milliarden Mark als "einmalige Sonderablieferung" dem Finanzminister zu überweisen. "Nun werden wir auch noch fürs Telephonieren mit einer Steuer bestraft", beschwert sich Wilhelm Hübner vom Verband der Postbenutzer.

Gscheidle hatte die Minister mit seiner Eichhörnchen-Politik begehrt gemacht. Selbst nach Abzug der beinahe drei Milliarden Mark Minus, die bei den sogenannten gelben Diensten im Jahresschnitt anfielen, hatte der Post-Chef nach Berechnungen des Christsozialen Werner Dollinger, der zu Zeiten der Großen Koalition selbst auf dem höchsten Poststuhl saß, in den vier letzten Jahren knapp 20 Milliarden Mark an Gewinnen eingefahren.

Und die wird der Schwabe so schnell nicht wieder los. Obschon die Telephonkunden, so Dollinger, "fast täglich mit Engpässen konfrontiert werden". läßt es der Telephonkonzern bei den Investitionen langsam angehen.

So steckt Gscheidle in diesem Jahr nur soviel in neue Schaltstellen, Telephonapparate oder Kabel wie schon vor sechs Jahren sein Kollege Ehmke -- knapp 6 Milliarden Mark. Da inzwischen auch die Preise für das Postmaterial gestiegen sind, investiert Gscheidle 1979 real sogar weniger als Ehmke damals.

Die Enthaltbarkeit entspringt nicht freiem Willen. Eigentlich wollte Gscheidle einige Milliarden in die geplante Umrüstung auf das elektronische Wählsystem stecken. Und bis vor knapp zwei Jahren hatten die Postmanager auch keinen Zweifel, daß ihr Superprojekt, mit dem die Kapazitätsnöte gelindert werden sollten, pünktlich starten könnte.

Den Experten im Postministerium schwante schon Schlimmes, als sie im Februar letzten Jahres Post von ihrem wichtigsten Lieferanten bekamen. Kleinlaut bat der Münchner Siemens-Konzern um vier Monate Fristverlängerung: Das erste elektronische Fernamt der Bundesrepublik an der Blütenburgstraße in München könne nicht zum vereinbarten Termin fertiggestellt werden.

Gegen Ende des Jahres wurden die Fristen immer länger: Erst waren es sechs Monate, schließlich ein ganzes Jahr. Die Postler entzifferten EWS nur noch als "Es wird später".

Da erst ging Gscheidles Gehilfen auf, daß sich ihr "Systemträger" unauffällig absetzen wollte. "Aus Gesprächen mit Vertretern der Firma Siemens", notierten sie für ihren Minister, "gebt hervor, daß die Firma die EWS-Entwicklung einstellen möchte."

Das Konzept des Münchner Elektro-Multis, der nach der Zahl der Beschäftigten (322 000) Bundesdeutschlands größtes Privatunternehmen ist, war durch die Entwicklung auf dem Weltmarkt längst überholt worden.

1972, als sich Post und Produzenten auf die Entwicklung des EWS-Systems einschworen, versprachen sich die Firmenführer mit dem neuen System auch im Ausland große Absatzerfolge. Die neue Technik sollte in den Vermittlungsstellen die schwerfällig von Kontakt zu Kontakt ratternden Edelmetall-Motor-Drehwähler (EMD) durch eine computergesteuerte Schaltung ersetzen.

Das neue System versprach etliche Vorteile für die Post: Die elektronischen Steuerungen brauchen bis zu 70 Prozent weniger Platz als die herkömmliche Telephonmechanik, und für die Wartung ist nur ein Viertel des bisherigen Personals nötig.

Die Telephonbenutzer wären auch endlich der Segnungen teilhaftig geworden, die das elektronische Zeitalter bereithält: Während heutzutage abgewartet werden muß, bis die eingegebenen Nummern -- tak, tak, tak -- eingerastet sind, ist beim elektronischen Telephon der Kontakt mit dem Einrasten der Zahlen hergestellt.

Zudem wollte die Post mit der Elektronik ein ganzes Bündel neuer Telephondienste offerieren. Der computergesteuerte Fernsprecher sollte automatisch wecken, bei einem Besetztzeichen von selbst neu wählen, auf Wunsch für Ruhe vor Anrufern sorgen oder auf einfachen Knopfdruck am Tastentelephon vorher eingespeicherte Rufnummern anwählen.

Die Übertragungstechnologie des EWS hätte dennoch, anders als bei den allerneuesten Kreationen der Fernsprech-Technologie, keine weiteren Fortschritte gebracht. Auch das elektronische Wählsystem (EWS) überträgt, wie schon zu Zeiten des alten Dampftelephons, die Sprache "analog". Dabei wird das gesprochene Wort in Form von elektromagnetischen Schwingungen an das andere Ende der Leitung übertragen.

Beim digitalen System hingegen, das US-Fernmeldetechniker bereits zur Verkaufsfähigkeit entwickelten, haben die Konstrukteure die Technologie der Mikroprozessoren voll eingespannt: Das gesprochene Wort wird wie bei einer in Raster zersetzten Photographie in 256 Punkte zerlegt, in Computer-Zahlen kodiert übertragen und in der Hörmuschel des Gesprächspartners wieder zusammengesetzt.

Durch diese neuartige Übertragungsweise können die Leitungen weit besser ausgenutzt werden. Mit dem digitalen Einheitssystem lassen sich überdies neue Dienste wie Bildschirmtelephon, Telekopierer oder Datenübertragung problemlos

zusammen auf eine Leitung packen. Auch das lästige Knacken und Prasseln im Hörer gibt es nicht mehr.

Daß Siemens und die Post bei der Entwicklung ihres EWS nicht mehr mit dem technologischen Zeitgeist in Gleichklang waren, hätte schon früher als 1979 auffallen können.

Während Gscheidle bei der Einschaltung der ersten EWS-Versuchsanlage 1974 in München-Perlach lautstark "das neue elektronische Zeitalter des Telephons" für Deutschland einläutete, warnte der amerikanische Kommunikationsexperte Donald Dittberner bereits vor den Schwächen des EWS.

Dittberners Studie, für ein halbes Dutzend europäischer und amerikanischer Telephongesellschaften verfertigt, kam zu dem Ergebnis, "daß dieses System auf dem Weltmarkt niemals konkurrenzfähig" werden könne. Das Gemeinschaftswerk von Siemens und Bundespost enthalte noch immer zahlreiche elektromechanische Schaltelemente, die Zukunft aber gehöre der vollelektronischen Telekommunikation.

Für Gscheidles Ministerium war das noch längst "kein Beweis dafür, daß sich die deutsche Fernmeldeindustrie auf dem falschen Entwicklungsweg befand". Die amerikanischen Telephonbauer allerdings marschierten schon zu dieser Zeit auf dem Weg, den die Deutschen erst jetzt als den richtigen erkannten.

So nahm der Welt größter Telephon-Produzent AT & T 1976 ein vollelektronisches Netz in Betrieb. Das Fernvermittlungssystem "ESS 4" setzte voll auf die Computertechnologie. Nicht nur, daß es komplett auf die alte Mechanik verzichten konnte, es bediente sich zur Sprachübermittlung auch des digitalen Computer-Vokabulars.

Erst Anfang dieses Jahres entschlossen sich Postleitung und Siemens-Führung für das bisher als "Digitalitis" verhöhnte Verfahren. Da aber war schon rund eine Milliarde Mark in die veraltete Technik investiert.

Ende Januar sannen Gscheidle und die ins Bonner Postamt zitierten Siemens-Vorstände Bernhard Plettner und Dieter von Sanden darüber nach, wie die peinliche Fehlentscheidung dem Publikum am vorteilhaftesten zu verkaufen sei.

Zu Recht warnten Gscheidles Referenten in einem Spickzettel für den Minister, daß Siemens "einen erheblichen Imageverlust auf dem Weltmarkt" erleiden könnte. Auch ihre Post bliebe wohl kaum vom "Vorwurf eines gigantischen Mißmanagements" verschont.

Daran können aber nun die besten Public Relations nichts mehr ändern. Das Mißmanagement ist um so grotesker, als die Postler sich inzwischen dazu durchrangen, wenigstens für den Ortsverkehr die überholte Siemens-Technik einzubauen.

Das sogenannte EWS-O wird von den beamteten Telephonmanagern eingeführt, weil sonst in absehbarer Zeit einige Ortsnetze schlicht zusammenbrechen würden. Es wird gekauft, obwohl die Ministerialen in einem vertraulichen Postpapier klar bekannten: "Ohne EWS-(Fernverkehr) ist auch EWS-O unwirtschaftlich."

Zufrieden lobte von Sanden, im Siemens-Vorstand für die Nachrichtentechnik zuständig, die Post nach dem ministeriellen Ja zu EWS-O "als ungeheuer innovationsfreudig". Und Friedrich Wilhelm Christians, Sprecher der Deutschen Bank und stellvertretender Finanz-Sachverständiger im Postverwaltungsrat, bescheinigt der Bonner Amtsleitung "Mut zu dieser Entscheidung".

Den hat die Post auch nötig. Denn kaum eines der neuen EWS-Ortsnetze konnte bisher ohne Pannen eingeschaltet werden.

Mit Sekt und schönen Worten wurde zum Beispiel an einem Freitagabend im Düsseldorfer Ortsteil Grafenberg eine EWS-Zentrale für 6500 Teilnehmer eingeweiht. Doch schon am Montagmorgen brach das Netz zusammen.

Die Techniker der Siemens verbundenen Telephonfirma DeTeWe hatten dem Computer-Programm ein falsches Zahlenverhältnis zwischen den privaten Wenig-Sprechern und den viel telephonierenden Geschäftsleuten eingegeben.

Als die Angestellten am Wochenbeginn zum Hörer griffen, war der Vermittlungscomputer total überfordert. Fleurop-Händler konnten ihre Blumengrüße nicht mehr loswerden, Spediteure waren von ihren Auftraggebern abgeschnitten.

In Frankfurt-Seckbach? wo Hessens FDP-Wirtschaftsminister und Postverwaltungsrat Heinz Herbert Karry wohnt, verwechselten die Programmierer des Postcomputers die beiden neuen Besetztöne und stifteten damit unter den Teilnehmern heillose Verwirrung.

Schlimmeres noch als diese Premieren-Panne in den Ortsnetzen erwartet die Bundesbürger im Fernbereich. Denn bis die neue Digital-Technik einsatzreif ist, muß die Post den ungebremsen Telephon-Boom mit den althergebrachten "Edelmetall-Motor-Dreiwählem" bewältigen.

Im Vertrauen auf die Versprechungen aus München hatten sich die Monopol-Manager der Post auf die neuen Zeiten mit EWS-F eingerichtet. So schleusten sie Tausende von Postbeamte durch aufwendige Ausbildungsseminare, um sie für die computergesteuerte Zukunft zu wappnen. Die hochgezüchteten Experten werden sich nun vorerst weiter mit den Tücken der alten Ratter-Mechanik beschäftigen müssen.

Auch die auf das überholte Siemens-System zugeschnittene Bauplanung der Post erwies sich als millionenschwere Fehlinvestition. Weitsichtig hatten Gscheidles Bauabteilungen vor vier Jahren schon vielerorts begonnen, für die Computer-Technik vorbereitete Vermittlungsämter zu bauen.

Die alten Drehwähler, die nun noch auf Jahre für den Ausbau des Fernnetzes erhalten müssen, passen aber in die neuen Beton-Burgen nicht mehr hinein: Die Computer-Häuser sind um zwei Drittel kleiner und ohne Fenster, damit das empfindliche Elektronik-Gerät nicht verstaubt.

In ihrer Raumnot ließen einige Oberpostpräsidenten schon mit Laserstrahlen Fenster in die EWS-Bunker schneiden und Innenwände durchbrechen. Mehrere hundert dieser genormten Gebäude werden derzeit -- so im Bereich der Fernmeldeämter Osnabrück und Oldenburg -- wieder umgebaut.

"Die Auswirkungen der Konzeptänderung auf den Flächenbedarf", so das Ministerium unter Aktenzeichen 245-5 A 7900-8, "sind insbesondere in der Übergangsphase erheblich." Denn im Vorgriff auf die raumsparende Technik hatte die Post schon zahlreiche Grundstücke voreilig verkauft, die sie jetzt bitter benötigt. Auch Bonns Außenminister Hans-Dietrich Genscher erwarb in Wachtberg-Perch bei Bonn von der Post ein Grundstück.

Inzwischen ist die Lage derart brenzlich, daß Geld für den Rückkauf keine Rolle spielt: "Erforderliche Mittel werden uneingeschränkt bereitgestellt; Preisgefüge muß nachrangige Bedeutung haben."

Der mißglückte Ausflug in die Zukunft kostet die Post nach internen Hochrechnungen mindestens zwei Milliarden Mark.

Auch die von Postaufträgen abhängigen Zulieferfirmen mußten die Uhren rückwärts drehen. Maschinen und Personal waren schon auf das niedrige Niveau des schrumpfenden Ersatzbedarfs an alter Mechanik abgebaut. "In 600 Einzelaktionen", so SEL-Mann Roland Mecklinger, mußten die Ingenieure ihre Produktion nun wieder auf Hochtouren bringen, denn "für uns kam das alles ganz überraschend".

Firmen wie SEL, eine Tochter des US-Konzerns ITT, haben nur begrenzte Mitspracherechte, wenn es um die bundesdeutsche Telephonzukunft geht. Was in Deutschland mit dem Fernsprecher passiert, klüngeln Postvorstand und Siemens-Manager nicht nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sondern meist auch ohne die übrigen Telephonzulieferer aus.

"Die Sache mit EWS", erzählt Siemens-Vorstand Baur ungeniert, "ist eine reine Diskussion zwischen uns und der Post."

Für die Vorzugsbehandlung zeigt sich das Haus Siemens auch schon mal bei der Post erkenntlich. Voriges Jahr zankten sich die Postler mit der Privatindustrie heftig darüber, ob die Post allein über Verkauf und Installation von Telekopierern verfügen solle oder ob Privatfirmen in dem zukunftssträchtigen Markt mitmischen dürften.

In dem Streit bekam der Staats-Monopolist Hilfe von einem gewichtigen Repräsentanten der Firma Siemens. Im Arbeitsausschuß des Postverwaltungsrats hat Siemens-Vorstand Baur laut Protokoll die Verabschiedung einer Verordnung,

die das Telekopieren allein der Post zuschante, als "dringend erforderlich" bezeichnet. Lediglich beim Gerätevertrieb dürfen die Privaten dabeisein.

Auf Briefbogen mit "Siemens"-Kopf belehrte Baur ("in meiner Eigenschaft als Sachverständiger") die Kritiker der Post. Es sei notwendig, so schrieb der Bonner Hofberichterstatler aus München, daß "die für die Bereitstellung der Dienste verantwortliche Verwaltung auch direkten Kontakt zum Kunden erhält, d. h. sich an der Lieferung und dem Inbetriebhalten der Fernkopierer beteiligt".

Solche Lobby-Dienste lohnen sich. Von den 5,8 Milliarden Mark, die Gscheidle dieses Jahr in seine Telephonanlage investiert, holt sich die Münchner Weltfirma mit knapp zwei Milliarden Mark den größten Brocken.

Den Rest teilen sich rund ein Dutzend rangniedere Lieferanten. Doch nur drei von ihnen -- die Stuttgarter SEL, der Frankfurter AEG-Ableger Telefonbau und Normalzeit (T & N) und der Berliner Siemens-Enkel DeTeWe -- sind wie Siemens zu "Amtsbaufirmen" geadelt. Nur sie dürfen sich an dem lukrativen Geschäft mit den Vermittlungsstellen beteiligen.

Dieses Zunftwesen rechtfertigt die Bundespost mit der Notwendigkeit einer "Einheitstechnik". Bis zur letzten Lötstelle schreiben die Postingenieure ihren privaten Fabrikanten Verstärker, Schalter oder Relais vor. Damit sollen Wartung, Austausch und Erweiterung der Bauelemente jederzeit und überall sichergestellt werden.

Bei alledem hat Siemens das Steuer fest in der Hand, nicht nur im Zirkel der vier Amtsbaufirmen. Auch in dem Zwölferkreis, der den Bonner Nachfrage-Monopolisten mit Telephonapparaten und sonstigem Fernsprecherzubehör beliefert, richten die Herren von der Isar über Preise und Mengen. Es geschieht wohl nicht zum Nachteil des Lieferanten-Oligopols.

Das gedeihliche Zusammenwirken der Telephonfirmen wurde lediglich Mitte 1976 kurzfristig vom Kartellamt gestört. Wegen "wettbewerbswidriger Absprachen", nachgewiesen bei Ausschreibungen der Post Mitte 1974 und Anfang 1976, belegte das Berliner Amt die zwölf westdeutschen Telephonhersteller mit Bußgeldern von insgesamt 910 000 Mark.

Siemens-Vorstand von Sanden mußte persönlich Buße tun: Weil er "schuldhaft die erforderlichen und zumutbaren Aufsichtsmaßnahmen unterlassen" hatte, wurde ihm die Höchststrafe von 15 000 Mark aufgebürdet.

Schon bei der nächsten Ausschreibung der Bundespost über die Lieferung von 1,5 Millionen Apparaten des Standardtyps 611 demonstrierte der Topmanager des 30fachen Umsatzmilliardärs seine ungebrochene Stärke. Siemens drückte den Angebotspreis für den Apparat, für den die Post bei der Einführung bereits über 50 Mark zahlen mußte und der in den folgenden Jahren immer teurer geworden war, auf genau 34,20 Mark Einkaufspreis. Außer SEL konnte kein Konkurrent mithalten.

Denn die Kostengrenze für die kleinen Anbieter lag nach deren Kalkulation bei 46 Mark.

Das Zusammenspiel von Post und dem von Siemens angeführten Kartellverein funktionierte wohl auch darum lange so reibungslos, weil von Sanden als "Sachverständiger für das Nachrichtenwesen" im Postverwaltungsrat seinen eigenen Geschäftspartner kontrollieren durfte.

Erst als Gscheidle 1977 seinen geschätzten Ratgeber ein weiteres Mal für das Aufsichtsgremium nominierte, regte sich im Bundeskabinett Widerstand gegen den rechtskräftig verurteilten Kartellsünder.

Der damalige Wirtschaftsminister Hans Friderichs verhinderte gegen den heftigen Einspruch des Postministers eine weitere Ernennung. Doch Gscheidle mochte auf den Siemens-Sachverständigen nicht verzichten: Er ernannte kurzerhand von Sandens Stellvertreter Baur.

Der frischgebackene Post-Kontrolleur hat beste Verbindung zu seinen Auftraggebern. Über ein exklusives Versuchsnetz für das Fernsehtelephon mit 35 Anschlüssen hat er das Ministerium an der Bonner Adenauerallee jederzeit im Auge. Das Gerät bringt Baur auch ständigen Einblick zum Fernmeldetechnischen Zentralamt, das in Darmstadt für die Beschaffung der Telephonanlagen zuständig ist.

Erst als dieses Jahr die enge Liaison allzu anrühlich wurde, gingen die Partner ein bißchen auf Distanz, wenigstens nach außen hin. Anfang August wies Gscheidle seinen Darmstädter Beschaffungspräsidenten Ronald Dingeldey schriftlich an, die Ausschreibungsunterlagen für die Entwicklung des neuen Computer-Systems an alle interessierten Firmen herauszuschicken.

Zum erstenmal wurde dem deutschen Großkonzern bei einem so weitreichenden Entwicklungsauftrag nicht von Anfang an die Führerschaft übertragen. "Damit fordert uns die Post", wunderte sich Siemens-Manager Joachim Rosenblatt, "zum Wettbewerb auf"

Der Sieg über die Konkurrenten ist für Siemens "kriegsentscheidend" (Rosenblatt). Denn wenn die deutsche Post das System des nationalen Elektro-Giganten schon für den eigenen Markt ablehnt, hat es auf dem Weltmarkt erst recht keine Chancen.

Doch die Gefahr ist wohl gering. Kleinere Firmen wie die Nürnberger Philips-Tochter Tekade etwa machen sich von vornherein keine großen Hoffnungen. Der Neuling, bisher noch keine "Amtsbaufirma", hat bei dem "Poker um Milliarden", so sein Geschäftsführer Carl Friedrich Schuh, "das größte Risiko, rauszufliegen."

Die Stuttgarter SEL hat ebenfalls kaum Chancen, den Zuschlag aus Bonn zu bekommen. SELs marktreifes digitales Wählwerk (System 1230) wird zwar nächstes Jahr in drei dänischen Ortsnetzen eingeschaltet; aber die Bonner Auftraggeber schauen nicht nur auf Qualität und Preis.

Der Sozialdemokrat und ehemalige Gewerkschafts-Vize Gscheidle kann es sich nicht leisten, einige zehntausend heimische Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen, indem die Tochter-Firma eines US-Multis mit einem so prestigebeladeneu Auftrag bedacht wird. "Daran kommen wir einfach nicht vorbei", sagt Staatssekretär Elias.

Im Schutze des Kollegen Sachzwang bleibt alles, wie es ist. Nur Siemens und die Postler ziehen an den Drähten, auch im nächsten Jahrzehnt,

Warum auch nicht? Das von dem größten Staatsunternehmen bnd dem mächtigen Privatbetrieb gemeinsam zu vertretende Mißmanagement hat dem verantwortlichen Minister bislang noch keinen Popularitätsverlust gebracht. Vielleicht weil Kurt Gscheidle sowieso nicht viel zu verlieren hat; vielleicht auch, weil der Telephonklüngel und die verheerenden Planungsspannen fürs Publikum schwer zu durchschauen sind.

Doch Gscheidle muß sich wappnen, der Ärger über blockierte Netze wächst. Im Frankfurter Umland etwa sind an Sonntagen manchmal ganze Stadtteile blockiert, selbst Notrufe sind dort nicht mehr möglich.

Die längst überfällige Senkung der Telefongebühren beschert dem Postchef eine Verschnaufpause. Die Wut derer, die zur Sprachlosigkeit verdammt sind, wird aber wachsen. Auch die um gut zwei Milliarden Mark niedrigeren Einnahmen ändern nichts an dem Umstand, daß der Monopolbetrieb Post mit seinen Bombengewinnen einen immer schlechteren Service bietet.

Doch Kurt Gscheidle, der nach eigenem Eingeständnis Postminister aus Passion ist, läßt sich davon nicht irritieren.

"Das Sozialgebiet Post mit seinen 500 000 Bediensteten und einem Bilanzvermögen von 80 Milliarden Mark", so der hagere Schwabe gelassen, "lebt nach eigenen Gesetzen." Wohl wahr.

DER SPIEGEL 37/1979

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG.

Dieser Artikel ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt. Sie dürfen diesen Artikel jedoch gerne verlinken.

Unter <http://corporate.spiegel.de> finden Sie Angebote für die Nutzung von SPIEGEL-Content zur Informationsversorgung von Firmen, Organisationen, Bibliotheken und Journalisten.

Unter <http://www.spiegelgruppe-nachdrucke.de> können Sie einzelne Artikel für Nachdruck bzw. digitale Publikation lizenzieren.